

Akteure ohne Arena Junge Menschen in der internationalen Politik

Anna Holzscheiter

Summary: A number of contemporary transnational movements – #MeToo, #BlackLivesMatter, Fridays for Future – are shaped to a large part by adolescents and young adults, with undeniable effects on national and international politics. Nevertheless, the discipline of International Relations still denies political agency to young people. Its default proposition is that international politics and law are shaped solely by adult policy-makers, diplomats and experts. This contribution thus speaks in favor of a strong acknowledgment of the „politics of age“, including inter-generational dynamics, in Political Science analysis.

Kurz gefasst: Aktuell werden eine Reihe transnationaler Bewegungen – #MeToo, #BlackLivesMatter, Fridays for Future – zu einem großen Teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen, mit unübersehbaren Auswirkungen auf nationale und internationale Politik. Bis heute sind junge Menschen als politische Akteure jedoch in der Disziplin der Internationalen Beziehungen ein blinder Fleck. Es herrscht die Annahme vor, internationale Politik werde ausnahmslos von erwachsenen Berufspolitikern und Berufspolitikerinnen, Diplomaten und Fachexpertinnen gestaltet. Der Beitrag plädiert daher für eine stärkere Berücksichtigung der „Politik des Alters“, einschließlich intergenerationaler Dynamiken in der politikwissenschaftlichen Analyse.

Wäre der damals 17-jährigen Malala Yousafzai der Friedensnobelpreis 2014 auch ohne einen Erwachsenen – Kailash Satyarthi – an ihrer Seite verliehen worden? Ist es tatsächlich vorstellbar, dass Greta Thunberg die nächste Trägerin des Friedensnobelpreises sein wird, wie momentan von den Londoner Buchmachern prognostiziert? Trotz des gegenwärtig massiven öffentlichen Interesses am politischen Aktivismus Jugendlicher im Licht der freitäglichen Klimaproteste wäre eine derartige Würdigung des Einflusses junger Menschen auf nationale und internationale Politik historisch einzigartig. Das gesellschaftliche und politische Engagement junger Menschen, ihre Präsenz im politischen Diskurs und insbesondere ihre Teilhabe im Kontext internationaler Konferenzdiplomatie werden auch jetzt wieder als außerordentliches Moment wahrgenommen, als Ausbruch aus dem vermeintlichen Grundzustand der politischen Teilnahmslosigkeit. So hat sich auch die Wissenschaft im Bereich der internationalen Politik bislang kaum mit Kindern und Jugendlichen als Gestalterinnen und Gestaltern internationaler Politik befasst. Sie muss sich dem Vorwurf stellen, junge Menschen in ihren Rollen als Handelnde und Entscheidungsträger in der internationalen Politik zu missachten.

Bei mehreren politischen Ereignissen seismischen Ausmaßes – insbesondere dem Brexit-Referendum und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten – hat sich gezeigt, wie deutlich die politischen Präferenzen in unterschiedlichen Altersgruppen divergieren. Auch die arabischen Protestbewegungen 2011 waren eine Konfrontation zwischen den Generationen – einer alten, autoritären Führungselite und einer jungen, nach Lebenschancen und politischer Freiheit strebenden Generation. In den USA hat sich, wie jüngst nach dem Schulmassaker von Parkland, die Konfrontation der Generationen in der Frage des Besitzes und der Regulierung von Waffen offenbart. Transnationale Bewegungen wie #MeToo, #BlackLivesMatter und Fridays for Future schließlich zeigen, wie schnell und effektiv sich junge Menschen auch über nationale und regionale Grenzen hinweg organisieren und Gehör verschaffen können.

So einzigartig die zeitgenössischen Formen der sozialen und politischen Organisation und des Jugendaktivismus auch erscheinen mögen – sie reihen sich doch in eine lange historische Kette von nationalen und internationalen Jugendbewegungen ein. Schüler*innen und Student*innen formierten sich in den späten 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren zu einer Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg und den Nato-Doppelbeschluss. In den 1980er-Jahren gingen tausende junger Menschen in Deutschland gegen Nuklearenergie und Waldsterben auf die Straße. Zur gleichen Zeit protestierten in Großbritannien tausende Jugendliche in einem landesweiten Schulstreik gegen wirtschaftliche Ausbeutung im Zuge eines Programms der Thatcher-Regierung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Auch die Black-Panther-Bewegung der 1960er- und 1970er-Jahre wurde zu großen Teilen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen. Als Huey P. Newton 1966 gemeinsam mit Bobby Seale die Black Panther Party gründete, war er gerade mal 24 Jahre alt und schon seit Jahren in der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung aktiv.

Trotz dieser immer wiederkehrenden Wellen des Aktivismus junger Menschen in unterschiedlichen Teilen der Welt und trotz des oft geäußerten Bekenntnisses zum Recht auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Statusgruppe und Adressaten internationaler Politik, finden die Probleme und Interessen junger Menschen unter 18 Jahren bis heute kaum in der wissenschaftlichen Analyse internationaler Politik Berücksichtigung. Die Vermutung liegt nahe, dass sich die

Unsichtbarkeit von Kindern und Jugendlichen in der Forschung und ihre sehr begrenzten Möglichkeiten der politischen Repräsentation in den Strukturen der Global Governance gegenseitig verstärken. Das Problem liegt weniger darin, dass Kinder und Jugendliche nicht als *Zoon politikon* betrachtet werden. Vielmehr ist die Annahme, dass das politische, soziale und ökonomische Handeln von Kindern und Jugendlichen nicht als folgenreich für internationale Politik – und schon gar nicht für internationales Recht – gesehen wird, hochproblematisch.

Während andere Sozialwissenschaften wie die Soziologie oder die Human Geography die Relevanz von Altersgruppen und insbesondere die Handlungen junger Menschen schon lange in den Blick genommen haben, erscheint die Disziplin der Internationalen Beziehungen in dieser Frage rückständig. Einige wegweisende Arbeiten zur Entstehung und Diffusion von Normen in der internationalen Politik, beispielsweise im humanitären Völkerrecht oder im Bereich der wirtschaftlichen Ausbeutung, unterstreichen zwar den unangefochtenen Status von Kindern und Jugendlichen als besonders verletzbare und schützenswerte Bevölkerungsgruppe – zum Beispiel in Kriegs- und Krisenzeiten. Wichtige internationale Standards wie das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs oder die Ottawa-Konvention (Mine Ban Treaty) zur Ächtung von Antipersonenminen sind unter anderem motiviert vom Verantwortungsgefühl der internationalen Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche als außerordentlich hilflose und unschuldige Opfer von Krieg und Gewalt. Geht es aber um die Frage, wer internationale Politik macht, internationale Vereinbarungen schließt und internationales Recht schreibt, dann zeichnet der wissenschaftliche Diskurs ein Bild internationaler Beziehungen als exklusives Reich erwachsener Berufspolitikerinnen, Diplomaten und Fachexpertinnen. Zugleich werden Aspekte des internationalen Schutzes von Kindern und ihren Rechten gerne in den Bereich der „low politics“ verschoben oder nur dann überhaupt als relevant eingestuft, wenn sie klassische Themenfelder der internationalen Politik wie Krieg und Frieden, Handels- und Finanzpolitik berühren. Kinder und Jugendliche werden dann ausnahmslos als Opfer von Konflikten, Gewalt und Ausgrenzung, als Leidtragende transnationaler Strukturen der Ausbeutung und sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit verstanden.

Während Kinder also überproportional als von internationalen Problemen Betroffene dargestellt werden, wird eine eigene Teilhabe an der Ausgestaltung internationaler Kooperation zur Lösung dieser Probleme so gut wie gar nicht berücksichtigt. Selbst die Aushandlung einschlägiger internationaler Vereinbarungen zum besseren Schutz von Kindern und ihren Rechten wird in Forschung und Praxis als Domäne insbesondere von Rechtsexpert*innen porträtiert. Dementsprechend schließen Analysen des internationalen Rechts im Bereich des Kinderschutzes gerne den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen, Advocacy-Netzwerken und anderen nicht staatlichen Akteuren ein, finden aber keinen Platz für eine Diskussion des Handlungsspielraums von Kindern und Jugendlichen selbst.

In meinen eigenen Arbeiten zu den Beteiligungschancen von jungen Menschen in der internationalen Politik, insbesondere im Kontext von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), habe ich diese Kritik an der Unsichtbarkeit der *agency* von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen. Ähnlich zu anderen wissenschaftlichen Beiträgen, die ebenfalls in historischer Perspektive den Einfluss von Kindern und Jugendlichen auf die internationalen Beziehungen offengelegt haben, bin ich der „Politik des Alters“ auf den Grund gegangen, insbesondere der Frage nach dem Zusammenhang zwischen institutionellen Spielregeln und der Inklusion und Exklusion von Kindern und Jugendlichen in internationalen Debatten und Institutionen. Welche Möglichkeiten für transnationalen Aktivismus und politische Einflussnahme bieten internationale Organisationen und transnationale Netzwerke jungen Menschen? Welche Akteure fechten die Legitimität und Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen an, sich innerhalb von internationalen Organisationen an der Diskussion über Sachfragen zu beteiligen? Welche widerstreitenden Auffassungen von Kindheit zeigen sich in der Auseinandersetzung über eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – oftmals von



Anna Holzscheiter ist Leiterin der Forschungsgruppe Governance for Global Health und Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Dresden. (Foto: David Ausserhofer)

anna.holzscheiter@wzb.eu

diesen selbst lautstark eingefordert? Welche Konflikte treten zutage, wenn sich Kinder und Jugendliche tatsächlich einmal in internationalen Verhandlungen Gehör verschaffen und Vertreterinnen und Vertretern von Staaten gegenüberstehen?

Will man die Partizipation junger Menschen und insbesondere von Kindern in der internationalen Politik analysieren, fehlen schnell die nötigen Daten. Jenseits der häufigen Praxis, Kinder und Jugendliche lediglich als Statist*innen oder in Form folkloristischer Beiträge zu internationalen Ereignissen einzuladen oder sie im besten Falle Schicksalsberichte vortragen zu lassen, sind bislang nur wenige Fälle bekannt, in denen Kinder und Jugendliche aktiv an internationalen Verhandlungen teilgenommen haben. Ein prominentes Beispiel ist hier die Debatte im Kontext der ILO über internationale Standards im Bereich der Kinderarbeit aus den späten 1990er-Jahren. An den wenigen Beispielen der aktiven und tatsächlich politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen vis-à-vis den offiziellen staatlichen Delegierten in der internationalen Politik lässt sich dann auch nachvollziehen, wie umstritten deren Recht auf Partizipation ist und welche Kontroversen politische Forderungen von Kindern nach sich ziehen. Tatsächlich haben internationale Organisationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Permeabilität für Kinder und Jugendliche als Repräsentanten ihrer Altersgruppe erhöht und sind damit dem Recht auf politische Teilhabe, das in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 verankert ist, nachgekommen. Allzu oft wird dieses Recht auf politische Teilhabe dann aber in eigens für Kinder und Jugendliche geschaffenen institutionellen Nischen realisiert, die abgekoppelt sind vom eigentlichen Tagesgeschäft internationaler Organisationen. Darüber hinaus haben die formal verbesserten Zugangschancen für Kinder und Jugendliche auch Konflikte mit anderen gesellschaftlichen Akteuren erhöht, allen voran mit etablierten, im Kinderschutz aktiven Nichtregierungsorganisationen, die nun ihren Status als Repräsentanten kindlicher Belange in Gefahr sehen.

Fallstudien zur Rolle junger Menschen in der internationalen Politik – und insbesondere deren Partizipation innerhalb von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union – sind so selten, dass sie lediglich eine anekdotische Funktion haben können und keine systematischen Schlussfolgerungen erlauben. Eine stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Altersgruppen in der politischen Analyse – einschließlich der Dynamiken zwischen Generationen – erscheint damit dringend notwendig, um nicht nur nationale, sondern auch regionale und internationale Entwicklungen und Ereignisse besser erklären und verstehen zu können. Ein stärkerer Fokus auf Generationen und spezifische Altersgruppen kann dann gelegentlich auch sehr überraschende Erkenntnisse zutage fördern. Die Analysen des Wählerverhaltens beim Brexit-Referendum haben nicht nur gezeigt, dass die sogenannten „Millennials“ in der großen Mehrheit pro-europäisch eingestellt waren – auch die ganz alten Wählerinnen und Wähler, die den zweiten Weltkrieg noch miterlebt hatten, stimmten, anders als die nach 1945 geborenen, mehrheitlich gegen den Austritt aus der Europäischen Union.

Literatur

Beier, Marshall J.: „Children, Childhoods, and Security Studies: An Introduction“. In: *Critical Studies on Security*, Jg. 3, H. 1, S. 1–13.

Berents, Helen: *Young People and Everyday Peace: Exclusion, Insecurity and Peacebuilding in Colombia*. Abingdon: Routledge 2018.

Holzscheiter, Anna/Josefsson, Jonathan/Sandin, Bengt (Hg.): *Child Rights Governance. Special Issue. Childhood*, Jg. 26, H. 3. DOI: 10.1177/0907568219854518.